

3. Der Deutsch-Sowjetische Konsularvertrag

Eine vollständig anders geartete Anknüpfung enthält Art. 28 Abs. 3 des Konsularvertrags zwischen der 9 Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 25. April 1958:³

Art. 28

(1) Der Konsul ist befugt, von den örtlichen Behörden die Übergabe der Nachlaßgegenstände einschließlich der Schriftstücke des Verstorbenen zu verlangen, wenn die Erben Staatsangehörige des Entsendestaates sind und sich nicht im Gebiet des Empfangsstaates befinden.

(2) Bevor der Konsul die Nachlaßgegenstände an die Erben übergibt oder in das Ausland verbringt, müssen in den Grenzen des Nachlaßwertes die festgesetzten Abgaben bezahlt und die sonstigen von anderen im Empfangsstaat wohnhaften Personen erhobenen und nachgewiesenen Ansprüche befriedigt sein. Diese Verpflichtungen des Konsuls erlöschen, wenn ihm nicht innerhalb von sechs Monaten nach dem Tode des Erblassers nachgewiesen wird, daß die Ansprüche dieser Personen als berechtigt anerkannt sind oder derzeit von den zuständigen Behörden geprüft werden.

(3) Hinsichtlich der unbeweglichen Nachlaßgegenstände finden die Rechtsvorschriften des Staates Anwendung, in dessen Gebiet diese Gegenstände belegen sind.

³ BGBl. 1959 II 233. Ausführlich Staudinger/Dörner, Neubearb. 2007, Vorbem. zu Art. 25 f. EGBGB Rn. 193; Schotten/Schmellenkamp, Das Internationale Privatrecht in der notariellen Praxis, 2. Aufl. 2007, Rn. 265.

Briefwechsel

Der Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten

Wien, am 9. Jänner 1959.

Herr Botschafter!

Zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist heute ein Abkommen über die Ständige Kommission, den Schlichtungsausschuß und das Schiedsgericht nach dem Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung vermögensrechtlicher Beziehungen (Vermögensvertrag) abgeschlossen worden.

Anläßlich der dem Abschluß dieses Regierungsabkommens vorangegangenen Verhandlungen haben die Vertreter der Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Wunsch zum Ausdruck gebracht, in das Abkommen Bestimmungen aufzunehmen, die den Ersatz von Schäden regeln, die dritten Personen durch Handlungen oder Unterlassungen von Mitgliedern des Schlichtungsausschusses oder des Personals der Gemeinsamen Geschäftsstelle — letzteres in Ausübung des Dienstes für den Schlichtungsausschuß oder für das Schiedsgericht — zugefügt worden sind.

Diesem Wunsche konnten die Vertreter der Republik Österreich aus rechtlichen Gründen nicht entsprechen, weil eine solche Regelung gegenüber der in Österreich geltenden Rechtsordnung gesetzändernden Charakter hätte.

Falls bei Durchführung des Vermögensvertrages festgestellt werden sollte, daß Schäden der oben erwähnten Art in einem nicht unwesentlichen Fall oder häufiger geltend gemacht werden, wird die Ständige Kommission auf Wunsch einer der beiden Delegationen Besprechungen über eine vertragliche Regelung für Schadensfälle dieser Art aufnehmen.

Die für die Begleichung von Amtshaftungsansprüchen im Sinne des vorstehenden Absatzes 2 allenfalls entstehenden Aufwendungen werden als „sonstige Kosten“ im Sinne von Artikel 117 Absatz 1 Satz 2 des Vermögensvertrages angesehen und demgemäß von den beiden Staaten je zur Hälfte getragen werden.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Leopold Figl

Herrn a. o. und bev. Botschafter Dr. Carl Hermann Mueller-Graaf

Wien

Dr. Carl H. Mueller-Graaf Deutscher Botschafter

Wien, den 9. Januar 1959

Exzellenz,

Sie haben heute an mich ein Schreiben gerichtet, das wie folgt lautet:

„Zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist heute ein Abkommen über die Ständige Kommission, den Schlichtungsausschuß und das Schiedsgericht nach dem Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung vermögensrechtlicher Beziehungen (Vermögensvertrag) abgeschlossen worden.“

Anläßlich der dem Abschluß dieses Regierungsabkommens vorangegangenen Verhandlungen haben die Vertreter der Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Wunsch zum Ausdruck gebracht, in das Abkommen Bestimmungen aufzunehmen, die den Ersatz von Schäden regeln, die dritten Personen durch Handlungen oder Unterlassungen von Mitgliedern des Schlichtungsausschusses oder des Personals der Gemeinsamen Geschäftsstelle — letzteres in Ausübung des Dienstes für den Schlichtungsausschuß oder für das Schiedsgericht — zugefügt worden sind.

Diesem Wunsche konnten die Vertreter der Republik Österreich aus rechtlichen Gründen nicht entsprechen, weil eine solche Regelung gegenüber der in Österreich geltenden Rechtsordnung gesetzändernden Charakter hätte.

Falls bei Durchführung des Vermögensvertrages festgestellt werden sollte, daß Schäden der oben erwähnten Art in einem nicht unwesentlichen Fall oder häufiger geltend gemacht werden, wird die Ständige Kommission auf Wunsch einer der beiden Delegationen Besprechungen über eine vertragliche Regelung für Schadensfälle dieser Art aufnehmen.

Die für die Begleichung von Amtshaftungsansprüchen im Sinne des vorstehenden Absatzes 2 allenfalls entstehenden Aufwendungen werden als „sonstige Kosten“ im Sinne von Artikel 117 Abs. 1 Satz 2 des Vermögensvertrages angesehen und demgemäß von den beiden Staaten je zur Hälfte getragen werden.“

Ich darf hiermit das Einverständnis mit dem Inhalt Ihres Schreibens erklären.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Carl H. Mueller-Graaf

S. E. Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dipl.-Ing. Dr. Leopold Figl

Wien I. Bundeskanzleramt

Bundesgesetzblatt

Teil II

1959

Ausgegeben zu Bonn am 21. März 1959

Nr. 11

| Tag | Inhalt | Seite |
|-----------|---|-------|
| 17. 3. 59 | Gesetz zu dem Abkommen vom 25. April 1958 über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken | 231 |
| 17. 3. 59 | Gesetz zu dem Konsularvertrag vom 25. April 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken | 232 |
| 28. 2. 59 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Zuckerabkommens (Inkrafttreten für Peru) | 242 |
| 12. 2. 59 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 15 der Internationalen Arbeitsorganisation über das Mindestalter für die Zulassung von Jugendlichen zur Beschäftigung als Kohlenzieher (Trimmer) oder Heizer | 242 |
| 12. 2. 59 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 17 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Entschädigung bei Betriebsunfällen | 243 |
| 12. 2. 59 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 22 der Internationalen Arbeitsorganisation über den Hausvertrag der Schiffsleute | 243 |
| 12. 2. 59 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 27 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtlücken | 244 |
| 16. 2. 59 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 100 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit | 244 |

Gesetz zu dem Abkommen vom 25. April 1958 über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Vom 17. März 1959.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 25. April 1958 unterzeichneten Abkommen über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nebst Anlage und Briefwechseln

wird zugestimmt. Das Abkommen nebst Anlage und Briefwechseln wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen gemäß seinem Artikel 9 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 17. März 1959.

Der Bundespräsident Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Auswärtigen von Brentano

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — Verlag: Bundesanzeiger-Verlag G. m. b. H., Bonn/Köln. — Druck: Bundesdruckerei Bonn. Das Bundesgesetzblatt erscheint in zwei besonderen Teilen, Teil I und Teil II. Laufender Bezug nur durch die Post. — Bezugspreis: vierjährlich für Teil I und Teil II je DM 5,— zuzüglich Zustellgebühr. Einzelstücke je ansetzbarer 24 Seiten DM 0,40 gegen Vorauszahlung des erforderlichen Betrages auf Postcheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 309 oder nach Bestellung auf Grund einer Vorauszahlung. Preis dieser Ausgabe DM 0,40 zuzüglich Zustellgebühr DM 0,15.

**Abkommen
über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken**

**Соглашение
по общим вопросам торговли и мореплавания
между Федеративной Республикой Германии
и Союзом Советских Социалистических Республик**

DIE REGIERUNG DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und
DIE REGIERUNG DER

UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN

IN DEM WUNSCH, die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten zu fördern,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Die aus dem Gebiet eines der beiden Staaten stammenden Waren genießen sowohl bei ihrer Einfuhr wie auch bei ihrer Ausfuhr in das Gebiet des anderen Staates die unbedingte Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstiger mit der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren verbundenen Steuern, Abgaben und Gebühren, hinsichtlich des Verfahrens bei der Erhebung dieser Zölle, Steuern, Abgaben und Gebühren, sowie hinsichtlich der Bestimmungen und Formalitäten, denen die Waren bei der Zollabfertigung unterworfen sind.

Die Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht für:

- a) Vergünstigungen, die einer der beiden Staaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs den Nachbarstaaten gewährt hat oder in Zukunft gewährt;
- b) Vergünstigungen, die sich aus einer Zollunion ergeben, die einer der beiden Staaten abgeschlossen hat oder in Zukunft abschließt.

Artikel 2

Jeder der beiden Staaten gewährt den Waren des anderen Staates in allen Fragen der inneren Steuern, Abgaben und Gebühren jeder Art die unbedingte Meistbegünstigung.

Artikel 3

Keiner der beiden Staaten wird für die Einfuhr aus dem Gebiet des anderen Staates oder für die Ausfuhr dorthin irgendwelche Beschränkungen oder Verbote erlassen oder aufrechterhalten, die unter analogen Bedingungen nicht gegenüber allen anderen Staaten Anwendung finden.

Die Bestimmungen dieses Abkommens erstrecken sich nicht auf Beschränkungen oder Verbote, die sich beziehen auf:

- a) die öffentliche Ordnung und die Sicherheit des Staates;
- b) den Schutz der öffentlichen Gesundheit, den Schutz von Tieren und Pflanzen gegen Krankheiten, schädliche Insekten und Parasiten sowie den Schutz von Pflanzensamen gegen Degeneration.

ПРАВИТЕЛЬСТВО ФЕДЕРАТИВНОЙ РЕСПУБЛИКИ
ГЕРМАНИИ

и

ПРАВИТЕЛЬСТВО СОЮЗА СОВЕТСКИХ СОЦИАЛИСТИЧЕСКИХ РЕСПУБЛИК.

ЖЕЛАЯ СОДЕЙСТВОВАТЬ развитию экономических отношений между обоими государствами,

ДОГОВОРИЛИСЬ О НИЖЕСЛЕДУЮЩЕМ:

Статья 1

Товары, происходящие на территории одного из Договаривающихся государств, будут пользоваться как при ввозе, так и при вывозе их на территорию другого Договаривающегося государства безусловным режимом наиболее благоприятствования наравне в отношении таможенных пошлин и прочих налогов и сборов, связанных с ввозом или вывозом товаров, в отношении способов взимания указанных пошлин, налогов и сборов, а также в отношении правил и формальностей, которым подвергаются товары при таможенной обработке.

Постановления настоящей статьи не распространяются:

- a) на преимущества, которые предоставляются или могут быть предоставлены в будущем одним из Договаривающихся государств в целях облегчения пограничных отношений с особыми государствами;
- b) на преимущества, вытекающие из таможенного союза, заключенного одним из Договаривающихся государств или могущего быть заключенным в будущем.

Статья 2

Каждое из обоих Договаривающихся государств будет предоставлять товарам другого государства безусловный режим наиболее благоприятствования во всех вопросах, касающихся внутренних налогов и сборов любого характера.

Статья 3

Никто из Договаривающихся государств не будет устанавливать или сохранять в отношении ввоза из территории другого государства или вывоза на территорию этого последнего каких-либо ограничений или запретов, которые не применяются бы в этом отношении, при аналогичных условиях, во всем другим государствам.

Постановления настоящего Соглашения не будут относиться к ограничениям или запретам, касающимся:

- a) общественного порядка и государственной безопасности;
- b) охраны общественного здоровья, охраны животных или растений от болезней, вредных насекомых и паразитов и охраны семян растений от дегенерации.

Artikel 4

Die Schiffe jedes der beiden Staaten sowie die zugehörigen Ladungen werden beim Anlaufen oder Verlassen eines Hafens des anderen Staates sowie während des Aufenthaltes daselbst gegenüber den Schiffen anderer Staaten in keiner Weise benachteiligt.

Artikel 5

Die Nationalität der Schiffe wird gegenseitig in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Vorschriften jedes der beiden Staaten auf Grund der von den zuständigen Behörden des jeweiligen Staates ausgestellt und an Bord befindlichen Schiffsbriefe und Patente anerkannt.

Urkunden, die die Konstruktion des Schiffes, seine Ausrüstung und seine Besatzung betreffen, sowie Meßbriefe, Registerzeugnisse und andere technische Schiffsbriefe ähnlicher Art, die von einem Staat ausgestellt oder anerkannt sind und sich an Bord befinden, werden auch von dem anderen Staat anerkannt. Demgemäß sind die Schiffe jedes Staates, die mit rechtmäßig ausgestellten Schiffsmeßbriefen versehen sind, von einer nochmaligen Vermessung in den Häfen des anderen Staates befreit; der Berechnung der Hafengebühren und Hafengebühren werden die Angaben des Schiffsmeßbriefes über die vermessenen Registertonnen des Schiffes zugrunde gelegt.

Artikel 6

Wenn ein Schiff eines der beiden Staaten an den Küsten des anderen Staates in Seenot gerät oder Schiffbruch erleidet, so genießen das Schiff, seine Besatzung, seine Fahrgäste und seine Ladung dieselben Vorrechte und Vergünstigungen, wie sie der andere Staat in derartigen Fällen einem eigenen Schiff, dessen Besatzung, Fahrgästen und Ladung gewährt.

Die von einem Schiff, das in Seenot geraten ist oder Schiffbruch erlitten hat, geborgenen Gegenstände unterliegen keinerlei Zollabgaben, wenn sie nicht dem inländischen Verbrauch zugeführt werden.

Artikel 7

In Anbetracht dessen, daß nach den Gesetzen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken der Außenhandel der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Monopol des Staates ist, erklärt sich die Bundesrepublik Deutschland mit der Errichtung einer Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland einverstanden. Die Rechtsstellung dieser Handelsvertretung wird durch die Bestimmungen der Anlage geregelt, die einen untrennbaren Bestandteil dieses Abkommens bildet.

Artikel 8

Natürliche Personen, juristische Personen und Handelsgesellschaften der Bundesrepublik Deutschland und natürliche Personen und juristische Personen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken können vereinbaren, daß die aus den Verträgen in Handelssachen entstehenden Streitigkeiten der Entscheidung durch ein Schiedsgericht unterworfen werden. Die Schiedsvereinbarung muß in dem Verträge selbst oder in einer besonderen Vereinbarung vorgesehen sein, die in der für den Vertrag erforderlichen Form getroffen worden ist. Eine solche Vereinbarung schließt die Zuständigkeit der staatlichen Gerichte aus.

Die beiden Staaten verpflichten sich, die Vollstreckung von Schiedssprüchen, die auf Grund einer in Absatz 1 erwähnten Vereinbarung ergangen sind, in ihrem Gebiet zuzulassen, ohne Rücksicht darauf, ob sie in dem

Статья 4

Суда каждого из обоих Договаривающихся государств и их грузы при входе и выходе, а также во время пребывания в портах другого государства не будут поставлены во всех отношениях в худшие условия, чем суда других государств.

Статья 5

Национальность судов будет взаимно признаваться согласно законам и постановлениям каждого из Договаривающихся государств на основании документов и патентов, выданных выдавшими властями соответствующего государства и находящихся на борту судна.

Документы, касающиеся конструкции судна, его оборудования и судового экипажа, а также переписки и регистрационные свидетельства и другие подобные технические судовые документы, выданные или признаваемые одним из Договаривающихся государств и находящиеся на борту судна, будут признаваться и другим государством. Соответственно этому суда каждого Договаривающегося государства, снабженные законом выданными мерительными свидетельствами, будут освобождаться от повторного обмера в портах другого государства, и чистая вместимость судна, отмеченная в свидетельстве, будет признаваться за основу начисления портовых налогов и сборов.

Статья 6

Если судно одного из Договаривающихся государств потерпит бедствие или кораблекрушение у берегов другого государства, то судно, его экипаж, пассажиры и груз будут пользоваться теми же преимуществами и льготами, которые предоставляются этим государством в таких случаях национальному судну, его экипажу, пассажирам и грузу.

Предметы, спасенные с судна, потерпевшего бедствие или кораблекрушение, не будут облагаться никакими таможенными пошлинами, если только эти предметы не будут предназначены для потребления внутри страны.

Статья 7

Ввиду того, что по законам Союза Советских Социалистических Республик монополия внешней торговли в СССР принадлежит государству, Федеративная Республика Германии соглашается с тем, что Союз Советских Социалистических Республик учредит в Федеративной Республике Германии свое Торговое Представительство. Правовое положение указанного Торгового Представительства определяется постановлением Президиума и настоящим Соглашением, составляющего его неотъемлемую часть.

Статья 8

Физические лица, юридические лица и торговые общества Федеративной Республики Германии и физические лица и юридические лица Союза Советских Социалистических Республик могут договариваться о том, что споры, возникающие из заключенных ими торговых сделок, будут разрешаться арбитражем. Договоренность относительно арбитража должна быть предусмотрена в самой сделке или же в отдельном соглашении, обличенном в требуемую для данной сделки форму. Такая договоренность исключает подсудность государственным судам.

Каждое из Договаривающихся государств обязуется давать исполнение на своей территории арбитражным решениям, вынесенным на основании договоренности, упомянутой в первом абзаце, независимо от того, были ли они вынесены на терри-

Handwritten note: *арбитраж по сделкам*

Gebiet eines der beiden Staaten oder in dem Gebiet eines dritten Staates erlassen sind. Für die Anordnung und die Durchführung der Vollstreckung eines Schiedsspruches sind die Gesetze des Staates maßgebend, in dem er vollstreckt werden soll.

Die Anordnung der Vollstreckung eines Schiedsspruches kann nur versagt werden:

- wenn der Schiedsspruch nach dem Recht des Staates, in dem er ergangen ist, unter den Parteien nicht die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils hat;
- wenn der Schiedsspruch gegen die öffentliche Ordnung des Staates verstößt, in dem die Vollstreckung nachgesucht wird.

Eine sachliche Nachprüfung des Schiedsspruches findet nicht statt.

Artikel 3

Dieses Abkommen wird so bald wie möglich ratifiziert und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Moskau stattfindet, in Kraft.

Dieses Abkommen gilt bis zum 31. Dezember 1960. Spätestens zwei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit werden die Regierungen der beiden Staaten wegen einer Verlängerung Verhandlungen aufnehmen.

GESCHEHEN zu Bonn am 25. April 1958 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland

gezeichnet:

von Brentano

Lahr

Für die Regierung der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken

gezeichnet:

A. Mikojan

P. Kurykin

тотни одного из обоих государств или же на территории третьего государства. Постановления об исполнении, равно как и само исполнение арбитражного решения, осуществляются по законам того государства, в котором оно должно быть исполнено.

В исполнении арбитражного решения может быть отказано лишь в следующих случаях:

- если арбитражное решение согласно праву государства, в котором оно было вынесено, не приобрело для сторон значения вступившего в силу окончательного решения;
- если арбитражное решение противоречит публичному порядку государства, в котором испрашивается его исполнение.

Проверка арбитражного решения по существу не может иметь места.

Статья 3

Настоящее Соглашение будет ратифицировано в возможно кратчайший срок и вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами, который будет иметь место в Москве.

Соглашение будет действовать по 31 декабря 1960 года. Не позднее чем за два месяца до истечения срока действия Соглашения Правительства обоих государств вступят в переговоры о его продлении.

СОВЕРШЕНО в Бонне 25 апреля 1958 года в двух подлинных экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

По уполномочию
Правительства Федеративной
Республики Германия

подписи:

фон Брентаво

Лар

По уполномочию
Правительства Союза Советских
Социалистических Республик

подписи:

А. Микоян

П. Курькин

Anlage

zum Abkommen über Allgemeine Fragen
des Handels und der Seeschifffahrt
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
vom 25. April 1958

Rechtsstellung der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland

Artikel 1

Die Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland hat folgende Aufgaben:

- Sie fördert die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepublik Deutschland;
- sie vertritt die Interessen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet des Außenhandels mit der Bundesrepublik Deutschland;
- sie tätigt im Namen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Handelsgeschäfte in der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 2

Die Handelsvertretung, die ihren Sitz in Köln hat, ist ein Bestandteil der Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland und genießt dementsprechend die folgenden Vorrechte:

- Die von der Handelsvertretung benutzten Räumlichkeiten, deren ständige Lage (Anschrift) in Köln jeweils im Einvernehmen der beiden Regierungen festgelegt wird, genießen die Immunitäten und Privilegien, die den Räumlichkeiten der Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland auf Grund des Völkerrechts zustehen;
- die Handelsvertretung ist zur Benutzung einer Chiffre berechtigt;
- der Leiter der Handelsvertretung und seine drei Stellvertreter genießen alle Immunitäten und Privilegien, die den Mitgliedern der Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland auf Grund des Völkerrechts zustehen;
- die Zahl der sonstigen Bediensteten der Handelsvertretung wird jeweils im Einvernehmen der beiden Regierungen festgelegt;
- die unter d) genannten Bediensteten der Handelsvertretung sind, soweit sie Staatsangehörige der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind, hinsichtlich der Bezüge, die sie als Mitarbeiter der Handelsvertretung erhalten, von den Steuern der Bundesrepublik Deutschland befreit.

Die Handelsvertretung unterliegt nicht den Bestimmungen über das Handelsregister.

Приложение

к Соглашению по общим вопросам торговли и мореплавания между Федеративной Республикой Германии и Союзом Советских Социалистических Республик от 25 апреля 1958 года

Правовое Положение Торгового представительства Союза Советских Социалистических Республик в Федеративной Республике Германии

Статья 1

Торговое Представительство Союза Советских Социалистических Республик в Федеративной Республике Германии имеет следующие задачи:

- содействует развитию торговых отношений между Федеративной Республикой Германии и Союзом Советских Социалистических Республик;
- представляет интересы Союза Советских Социалистических Республик в области внешней торговли с Федеративной Республикой Германии;
- исполняет от имени Правительства Союза Советских Социалистических Республик торговые операции в Федеративной Республике Германии.

Статья 2

Торговое Представительство, имеющее свой местонахождение в Кельне, является составной частью Посольства Союза Советских Социалистических Республик в Федеративной Республике Германии и пользуется соответствующими привилегиями:

- помещения, занимаемые Торговым Представительством, местонахождение (адрес) которых в Кельне будет определяться по договоренности между обоими Правительствами, пользуются иммунитетом и привилегиями, предоставляемыми согласно международному праву членам Посольства Союза Советских Социалистических Республик в Федеративной Республике Германии;
- Торговое Представительство имеет право пользоваться шифром;
- руководитель Торгового Представительства и три его заместителя пользуются всеми иммунитетами и привилегиями, предоставляемыми согласно международному праву членам Посольства Союза Советских Социалистических Республик в Федеративной Республике Германии;
- число прочих служащих Торгового Представительства будет устанавливаться по договоренности между обоими Правительствами;
- указанные в пункте «в» служащие Торгового Представительства, поскольку они являются гражданами Союза Советских Социалистических Республик, будут освобождены от налогов Федеративной Республики Германии на доходы, которые они будут получать как сотрудники Торгового Представительства Союза Советских Социалистических Республик.

Торговое Представительство не подлежит правилам о торговом регистре.

Artikel 3

Die Handelsvertretung handelt für die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haftet nur für solche Handelsgeschäfte, welche die Handelsvertretung in der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen oder garantiert hat und die von zwei dazu bevollmächtigten Personen für die Handelsvertretung unterzeichnet sind.

Die Handelsvertretung veröffentlicht im Bundesanzeiger die Namen der Personen, die zu Rechtshandlungen in ihrem Namen befugt sind, mit der Angabe, in welcher Weise jede dieser Personen befugt ist, Rechtsgeschäfte auf dem Gebiet des Handels im Namen der Handelsvertretung zu unterzeichnen. Die Befugnisse dieser Personen gelten so lange, bis ihr Erlöschen in der gleichen Weise bekanntgemacht ist.

Für Handelsgeschäfte, die im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ohne eine Garantie der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken oder sowjetischen Organisationen, gleich welcher Art, die nach der Gesetzgebung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die Rechte einer selbständigen juristischen Person genießen, geschlossen worden sind, haften nur diese Organisationen. Für ein solches Handelsgeschäft haften weder die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken noch die Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland noch sonstige sowjetische Organisationen.

X Artikel 4

Die Rechte, Immunitäten und Privilegien, die der Handelsvertretung auf Grund von Artikel 2 Absatz 1 dieser Anlage gewährt werden, erstrecken sich auch auf ihre handelsgeschäftliche Tätigkeit, jedoch mit folgenden Ausnahmen:

- a) Streitigkeiten aus Handelsgeschäften, die von der Handelsvertretung nach Artikel 3 dieser Anlage in dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen oder garantiert werden, unterliegen der Entscheidung durch die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland, sofern nicht die Zuständigkeit eines Schiedsgerichts oder einer anderen Gerichtsbarkeit vereinbart worden ist; in diesen Streitigkeiten ist Beklagte oder Klägerin die Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland. Hierbei sind jedoch Maßnahmen zur Sicherung von Forderungen gegen die Handelsvertretung nicht zulässig.
- b) Eine Zwangsvollstreckung aus rechtskräftigen Urteilen, die gegen die Handelsvertretung über solche unter a) genannte Streitigkeiten ergangen sind, ist zulässig. Sie kann in das gesamte Vermögen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland betrieben werden, insbesondere in Vermögen, Rechte oder Interessen aus Handelsgeschäften, die von der Handelsvertretung abgeschlossen sind oder für die sie die Garantie übernommen hat, mit Ausnahme von Vermögen der in Artikel 3 Absatz 3 dieser Anlage genannten Organisationen.

Vermögen und Räumlichkeiten, die nach internationalem Brauch ausschließlich zur Ausübung politischer und diplomatischer Rechte in der Bundesrepublik Deutschland durch die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bestimmt sind, wie auch die Räumlichkeiten, die von der Handelsvertretung benutzt werden, und die Einrichtung, die sich darin befindet, sind von jeder Zwangsvollstreckung ausgenommen.

Статья 3

Торговое Представительство действует от имени Правительства Союза Советских Социалистических Республик. Правительство Союза Советских Социалистических Республик несет ответственность лишь по торговым сделкам, которые будут заключены от имени Торгового Представительства или гарантированы им и подписаны двумя уполномоченными на то лицами.

Торговое Представительство будет публиковать в «Бундесanzeiger» фамилии лиц, уполномоченных от его имени и правом действовать, с указанием, в каком порядке каждое из этих лиц имеет право подписывать торговые обязательства от имени Торгового Представительства; полномочия этих лиц будут считаться действительными до тех пор, пока в такой же форме не будет сделано сообщение об их аннулировании.

По торговым сделкам, заключенным на территории федеративной Республики Германия без гарантии Торгового Представительства какими бы то ни было советскими организациями, пользующимися, согласно законодательству СССР, правами самостоятельных юридических лиц, ответственность несут лишь упомянутые организации. Ни Правительство СССР, ни Торговое Представительство СССР в ФРГ и ни какое-либо другие советские организации не несут ответственности по таким сделкам.

Статья 4

Права, иммунитеты и привилегии, предоставляемые Торговому Представительству согласно первому абзацу статьи 2 настоящей Приложения, распространяются также на его торговую деятельность, однако со следующими изъятиями:

- a) споры по торговым сделкам, заключенным или гарантированным Торговым Представительством на территории Федеративной Республики Германия и соответствующие ей статьи 3 настоящего Приложения, подлежат рассмотрению судов Федеративной Республики Германия, если не была согласована подсудность арбитражу или иная подсудность; ответчиком или истцом по таким спорам является Торговое Представительство СССР в Федеративной Республике Германия. При этом, однако, не допускается обеспечение требований к Торговому Представительству;
- b) принудительное исполнение всех иностранных и национальных актов обязательных судебных решений, вынесенных против Торгового Представительства по упомянутым и в том же порядке, может иметь место. Оно имеет место, обращено на все государственное имущество, принадлежащее Союзу СССР в Федеративной Республике Германия, в частности, на имущество, права и интересы, происходящие из сделок, совершаемых Торговым Представительством или с его гарантией, за исключением имущества, принадлежащего организациям, упомянутым в абзаце третьем статьи 3 настоящего Приложения.

Имущество и помещения, предназначенные исключительно для осуществления в Федеративной Республике Германия политических и дипломатических прав Союза СССР, в соответствии с международной практикой, а также помещения, принадлежащие Торговому Представительству, и находящиеся там движимое имущество не будут подпадать никаким мерам принудительного изъятия.

Artikel 5

Durch die Errichtung der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland wird die Möglichkeit von natürlichen Personen, juristischen Personen und Handelsgesellschaften der Bundesrepublik Deutschland nicht ausgeschlossen, unmittelbare Beziehungen mit sowjetischen Außenhandelsorganisationen zum Zwecke des Abschlusses und der Abwicklung von Handelsgeschäften zu unterhalten.

Статья 5

Учреждение Торгового Представительства Союза Советских Социалистических Республик в Федеративной Республике Германия ни в какой мере не исключает возможности для физических лиц, юридических лиц и торговых обществ Федеративной Республики Германия поддерживать непосредственные отношения с советскими внешнеторговыми организациями в целях заключения и исполнения торговых сделок.

Briefwechsel

1

Auswärtiges Amt

Bonn, den 25. April 1958

Herr Minister!

Bezugnehmend auf Artikel 1 des heute unterzeichneten Abkommens über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Es ist möglich, daß die Bundesrepublik Deutschland während der Geltungsdauer des erwähnten Abkommens mit anderen Staaten eine Freihandelszone bilden wird. Wenn dies geschieht, werden die Bestimmungen des oben erwähnten Artikels 1 sich nicht auf Zollerleichterungen erstrecken, welche die Bundesrepublik Deutschland den anderen Mitgliedstaaten der Freihandelszone gewährt, unter der Bedingung, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken von ihrer Absicht, sich an einer Freihandelszone zu beteiligen, unterrichtet und ihr hinreichende Möglichkeit zur Konsultierung gewährt.

Empfangen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Lahr

An den
Stellvertreter des Ministers
für Außenhandel der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Herrn P. N. Komykin

Bonn

(Übersetzung)

Министерство Внешней Торговли Бонн, 25 апреля 1958 года
СССР

Господин Посол,

Подтверждаю получение Вашего письма от сего числа следующего содержания:

«Ссылаясь на статью 1 подписанного сего числа Соглашения по общим вопросам торговли и мореплавания между Союзом Советских Социалистических Республик и Федеративной Республикой Германии, имею честь сообщить Вам нижеследующее:

Возможно, что Федеративная Республика Германии в течение срока действия указанного Соглашения образует с другими государствами зону свободной торговли. Если это произойдет, то постановления упомянутой выше статьи 1 не будут распространяться на предоставляемые Федеративной Республикой Германии другим государствам — участникам зоны свободной торговли льготы в отношении таможенных пошлин, при условии, что Правительство Федеративной Республики Германии известит Правительство СССР о своем намерении участвовать в зоне свободной торговли и предоставит ему достаточную возможность для консультации.»

Имею честь сообщить о моем согласии с содержанием этого письма.

Примите, господин Посол, уверения в моем высоком к Вам уважении.

П. Кумыкин

Господину Послу Рольфу Лару,
руководителю делегации Федеративной Республики Германии по переговорам с делегацией Союза Советских Социалистических Республик
Бонн

Ministerium für Außenhandel Bonn, den 25. April 1958
der UdSSR

Herr Botschafter,

Ich bestätige den Erhalt Ihres Schreibens vom heutigen Datum, welches wie folgt lautet:

„Bezugnehmend auf Artikel 1 des heute unterzeichneten Abkommens über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepublik Deutschland beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Es ist möglich, daß die Bundesrepublik Deutschland während der Geltungsdauer des erwähnten Abkommens mit anderen Staaten eine Freihandelszone bilden wird. Wenn dies geschieht, werden die Bestimmungen des oben erwähnten Artikels 1 sich nicht auf Zollerleichterungen erstrecken, welche die Bundesrepublik Deutschland den anderen Mitgliedstaaten der Freihandelszone gewährt, unter der Bedingung, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken von ihrer Absicht, sich an einer Freihandelszone zu beteiligen, unterrichtet und ihr hinreichende Möglichkeit zur Konsultierung gewährt.“

Ich beehre mich, mein Einverständnis mit dem Inhalt dieses Schreibens mitzuteilen.

Empfangen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

P. Kумыкин

Herrn Botschafter Rolf Lahr,
Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland für die Verhandlungen mit der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Bonn

2

Auswärtiges Amt

Bonn, den 25. April 1958

Herr Minister!

Unter Bezugnahme auf Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d der Bestimmungen über die Rechtsstellung der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland (Anlage zu dem heute unterzeichneten Abkommen über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) beehre ich mich, im Namen meiner Regierung die zwischen uns getroffene Vereinbarung darüber zu bestätigen, daß die Anzahl der Bediensteten der Handelsvertretung — abgesehen von dem Leiter der Handelsvertretung und seinen drei Stellvertretern — die Zahl von 60 Personen nicht übersteigen wird. In diese Zahl der Bediensteten der Handelsvertretung wird das Hauspersonal nicht-sowjetischer Staatsangehörigkeit nicht einbezogen.

Empfangen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Lahr

An den
Stellvertreter des Ministers
für Außenhandel der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Herrn P. N. Kумыкин
Bonn

(Übersetzung)

Министерство Внешней Торговли Бонн, 25 апреля 1958 года
СССР

Ministerium für Außenhandel Bonn, den 25. April 1958
der UdSSR

Господин Посол,

Ссылаясь на статью 2 абзац 1 пункт «г» Правового положения Торгового Представительства Союза Советских Социалистических Республик в Федеративной Республике Германии (Приложение к подписанному сего числа Соглашению по общим вопросам торговли и мореплавания между Союзом Советских Социалистических Республик и Федеративной Республикой Германии), имею честь подтвердить от имени своего Правительства достигнутую между нами договорённость о том, что число служащих Торгового Представительства, помимо руководителя Торгового Представительства и трёх его заместителей, не будет превышать 60 человек. Обслуживающий персонал не советского гражданства в указанное число служащих Торгового Представительства не включается.

Примите, господин Посол, уверения в моем высоком к Вам уважении.

П. Кумыкин

Господину Послу Рольфу Лару,
руководителю делегации Федеративной Республики Германии по переговорам с делегацией Союза Советских Социалистических Республик
Бонн

Herr Botschafter,

Bezugnehmend auf Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d der Bestimmungen über die Rechtsstellung der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland (Anlage zu dem heute unterzeichneten Abkommen über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepublik Deutschland) beehre ich mich, im Namen meiner Regierung die zwischen uns getroffene Vereinbarung darüber zu bestätigen, daß die Anzahl der Bediensteten der Handelsvertretung, abgesehen von dem Leiter der Handelsvertretung und seinen drei Stellvertretern, 60 Personen nicht übersteigen wird. Das Bedienungspersonal nicht-sowjetischer Staatsangehörigkeit wird in die genannte Zahl der Bediensteten der Handelsvertretung nicht einbezogen.

Empfangen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

P. Kумыкин

Herrn Botschafter Rolf Lahr,
Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland für die Verhandlungen mit der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Bonn

Auswärtiges Amt

Bonn, den 25. April 1958

Herr Minister!

Anlässlich der heute erfolgten Unterzeichnung eines Abkommens über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beehre ich mich zu bestätigen, daß Einverständnis über folgendes erzielt wurde:

Die zuständigen Stellen der beiden Staaten können, um den Ursprung einzuführender Waren festzustellen, in Einzelfällen die Vorlage eines Ursprungszeugnisses verlangen, aus dem hervorgeht, daß die einzuführende Ware in dem Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bzw. in dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erzeugt worden ist oder daß sie wegen der Bearbeitung, der sie im Herkunftslande unterzogen worden ist, als dort erzeugt anzusehen ist.

Zur Ausstellung solcher Ursprungszeugnisse sind berechtigt:

in der Bundesrepublik Deutschland:

die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Landwirtschaftskammern und die Zollstellen;

in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:

die All-Unionshandelskammer, die Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland und die Zollstellen.

Empfangen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Lahr

An den
Stellvertreter des Ministers
für Außenhandel der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Herrn P. N. Komykin
Bonn

(Übersetzung)

Министерство Внешней Торговли, Bonn, 25 апреля 1958 года
СССР

Ministerium für Außenhandel Bonn, den 25. April 1958
der UdSSR

Господин Потол,

В связи с подписанием всего числа Соглашения по общим вопросам торговли и мореплавания между Союзом Советских Социалистических Республик и Федеративной Республикой Германия, имею честь подтвердить достигнутую договоренность о нижеследующем:

Компетентные органы обоих государств могут в отдельных случаях, в целях установления происхождения ввозимых товаров, требовать представления свидетельства о происхождении товара, удостоверяющего, что ввозимый товар произведен на территории ФРГ или, соответственно, СССР или должен рассматриваться как таковой ввиду той обработки, которой он подвергся в государстве, из которого он ввозится.

Свидетельства о происхождении товара устанавливаются:

со стороны Союза ССР

— Всесоюзная Торговая Палата, Торговое Представительство СССР в ФРГ и таможенные органы;

со стороны Федеративной Республики Германия

— промышленные и торговые палаты, ремесленные палаты, экспортно-импортные палаты и таможенные органы.

Примите, господин Потол, уверения в моем высоком к Вам уважении.

П. Кумыкин

Herr Botschafter,

Anlässlich der heute erfolgten Unterzeichnung eines Abkommens über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepublik Deutschland beehre ich mich zu bestätigen, daß Einverständnis über folgendes erzielt wurde:

Die zuständigen Stellen der beiden Staaten können, um den Ursprung einzuführender Waren festzustellen, in Einzelfällen die Vorlage eines Ursprungszeugnisses der Ware verlangen, aus dem hervorgeht, daß die einzuführende Ware in dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bzw. in dem Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erzeugt worden ist oder daß sie wegen der Bearbeitung, der sie im Herkunftslande unterzogen worden ist, als solche anzusehen ist.

Zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen der Ware sind berechtigt:

in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:

die All-Unionshandelskammer, die Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland und die Zollstellen;

in der Bundesrepublik Deutschland:

die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Landwirtschaftskammern und die Zollstellen.

Empfangen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

P. Komykin

Господину Послу Рольфу Лару,
руководителю делегации Федеративной Республики Германия по переговорам с делегацией Союза Советских Социалистических Республик
Бонн

Herrn Botschafter Rolf Lahr,
Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland für die Verhandlungen mit der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Bonn

**Gesetz zu dem Konsularvertrag vom 25. April 1958
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.**

Vom 17. März 1959.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 25. April 1958 unterzeichneten Konsularvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wird zugestimmt. Der Vertrag wird nächstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 37 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 17. März 1959.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

**Konsularvertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken**

**Консульский Договор между Федеративной
Республикой Германии и Союзом Советских
Социалистических Республик**

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DAS PRÄSIDIUM DES OBERSTEN SOWJETS
DER UNION
DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN

GELEITET VON DEM WUNSCH, die konsularischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu regeln,

HABEN BESCHLOSSEN, einen Konsularvertrag abzuschließen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. Heinrich von Brentano,
Bundesminister des Auswärtigen,

und

Herrn Botschafter Rolf Lahr,
Leiter der Delegation
der Bundesrepublik Deutschland
für die Verhandlungen mit der Delegation der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

das Präsidium des Obersten Sowjets der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Herrn Anastas Iwanowitsch Mikojan,
Erster Stellvertretender Vorsitzender
des Ministerrats der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken

und

Herrn Wladimir Semjonowitsch Semjonow,
Stellvertretender Minister
für Auswärtige Angelegenheiten der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

die nach gegenseitiger Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen sind:

ERSTER ABSCHNITT

Errichtung von Konsulaten und Zulassung von Konsuln

Artikel 1

(1) Die Bestimmungen dieses Vertrages finden auf die konsularische Tätigkeit der Konsularabteilungen der Botschaften der Vertragsparteien und ebenso auf die Tätigkeit der Konsulate Anwendung, falls solche Konsulate wechselseitig von einer Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei errichtet werden. Entsteht nach Auffassung jeder der beiden Vertragsparteien ein Bedürfnis für die Errichtung von Konsulaten im Gebiet der anderen Vertragspartei, so nehmen sie Verhandlungen auf, um zu einer Vereinbarung über die Errichtung solcher Konsulate zu gelangen.

ПРЕЗИДЕНТ
ФЕДЕРАТИВНОЙ РЕСПУБЛИКИ ГЕРМАНИИ

и

ПРЕЗИДИУМ ВЕРХОВНОГО СОВЕТА
СОЮЗА СОВЕТСКИХ СОЦИАЛИСТИЧЕСКИХ
РЕСПУБЛИК,

РУКОВОДИМЫЕ желанием урегулировать консульские отношения между Федеративной Республикой Германии и Союзом Советских Социалистических Республик,

РЕШИЛИ ЗАКЛЮЧИТЬ Консульский Договор и с этой целью назначили своими Уполномоченными:

Президент Федеративной Республики Германии
Доктора Генриха фон Brentано,
Федерального Министра Иностранных Дел,

и

Посла Рольфа Лара,
руководителя делегации
Федеративной Республики Германии
по переговорам с делегацией
Союза Советских Социалистических Республик,

Президиум Верховного Совета
Союза Советских Социалистических Республик
Микояна Анастаса Ивановича,
Первого Заместителя Председателя Совета Министров СССР,

и

Семенова Владимира Семеновича,
Заместителя Министра Иностранных Дел СССР,

которые по взаимном предъявлении своих полномочий, найденных в надлежащем порядке и должной форме, согласились о нижеследующем.

РАЗДЕЛ I

Учреждение консульств и допущение консулов

Статья 1

1. Постановления настоящего Договора будут применяться к консульской деятельности, осуществляемой консульскими отделами Посольств Договаривающихся Сторон, а также к деятельности консульств, которые могли бы быть учреждены Договаривающимися Сторонами соответственно на территории друг друга. Если каждая из Договаривающихся Сторон найдет, что у нее возникает потребность в учреждении консульств на территории другой Договаривающейся Стороны, то Стороны вступят между собой в переговоры с целью достижения соглашения об учреждении таких консульств.

(2) Die Amtssitze der Konsuln und ihre Konsularbezirke werden von den Vertragsparteien in jedem einzelnen Falle vereinbart.

Artikel 2

Vor der Ernennung eines Konsuls erbittet der Entsendestaat auf diplomatischem Wege das Einverständnis des Empfangsstaates zu dieser Ernennung. Wenn eine Vertragspartei mit der Person des als Konsul vorgeschlagenen nicht einverstanden ist, so teilt sie dies auf dem gleichen Wege der anderen Vertragspartei mit.

Artikel 3

(1) Die Botschaft des Entsendestaates legt dem Ministerium des Auswärtigen des Empfangsstaates, in dessen Hoheitsgebiet der Konsul seine Amtspflichten wahrnehmen soll, die Bestallung mit Angabe des Vor- und Zunamens des Konsuls, seines konsularischen Ranges, des für ihn bestimmten Konsularbezirkes und seines Amtssitzes vor.

(2) Der Konsul kann seine Amtsgeschäfte erst nach seiner Zulassung durch die Regierung des Empfangsstaates aufnehmen. Diese Zulassung erfolgt nach Vorlage der Bestallung in der Form des Exequaturs.

(3) Die Tätigkeit des Konsuls endet durch Abberufung, Zurücknahme des Exequaturs und im Falle seines Todes.

(4) Die Botschaft macht dem Ministerium des Auswärtigen des Empfangsstaates die mit der Ausübung konsularischer Amtsbefugnisse beauftragten Angehörigen der Botschaft auf diplomatischem Wege vor Aufnahme ihrer konsularischen Tätigkeit in der Botschaft namhaft.

Artikel 4

(1) Im Falle der Abwesenheit, einer Erkrankung, der Abberufung oder des Todes des Konsuls gilt der zur Vertretung des Konsuls auf diplomatischem Wege benannte Stellvertreter als zur zeitweiligen Leitung des Konsulats zugelassen. Der Entsendestaat kann in gleicher Weise einen Angehörigen seiner Botschaft oder eine im Empfangsstaat des Konsuls tätige Amtsperson des Konsulardienstes zur zeitweiligen Leitung des Konsulats ermächtigen. Diese Person gilt als vom Empfangsstaat zur zeitweiligen Leitung des Konsulats zugelassen, sofern der Empfangsstaat dagegen keine Einwendungen erhebt.

(2) Die Person, die als zur zeitweiligen Leitung des Konsulats zugelassen gilt, genießt in diesem Zeitraum die Rechte und Vorrechte, die den Konsuln durch diesen Vertrag zuerkannt sind.

Artikel 5

(1) In diesem Vertrage werden unter der Bezeichnung „Konsulat“ Generalkonsulate, Konsulate und Vizekonsulate und unter der Bezeichnung „Konsul“ Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln in ihrer Eigenschaft als Leiter eines Konsulats verstanden.

(2) Unter der Bezeichnung „Amtspersonen des Konsulardienstes“ werden verstanden:

- a) Personen, die in einem Konsulat, ohne dessen Leiter zu sein, unter der Amtsbezeichnung „Konsul“ oder „Vizekonsul“ die konsularischen Amtsbefugnisse ausüben und in dieser Eigenschaft dem Empfangsstaat benannt sind. Diesen stehen die den Konsulaten zur Ausbildung für das Amt eines Konsuls überwiesenen Personen (Attachés) gleich;
- b) Sekretäre und Referenten, die zur Ausübung bestimmter konsularischer Amtsbefugnisse ermächtigt und hierfür dem Empfangsstaat benannt sind.

2. Mitarbeiter des Konsulats werden unter der Bezeichnung „Mitarbeiter des Konsulats“ werden verstanden. Büroangehörige, Dolmetscher und Übersetzer, Schreibkräfte, Buchhalter, Hausverwalter, Kraftfahrer und entsprechende Bedienstete.

Artikel 6

Der Konsul und die Amtspersonen des Konsulardienstes dürfen nur Staatsangehörige des Entsendestaates sein.

Artikel 7

Die Behörden des Konsularbezirks gewährleisten dem Konsul und den Amtspersonen des Konsulardienstes ihren Schutz und gewähren ihnen Unterstützung, damit sie ihre konsularische Tätigkeit aufnehmen und ausüben können.

Artikel 8

(1) Der Konsul und die Amtspersonen des Konsulardienstes unterliegen in Angelegenheiten, die ihre amtliche Tätigkeit betreffen, nicht der Gerichtsbarkeit des Empfangsstaates.

(2) Wegen sonstiger Handlungen dürfen der Konsul und die Amtspersonen des Konsulardienstes im Gebiet des Empfangsstaates nicht in Haft genommen oder sonst in ihrer Freiheit beschränkt werden, es sei denn, daß es sich um die Vollstreckung einer durch ein Gericht rechtskräftig erkannten Strafe oder um Verfolgung wegen einer Straftat gegen Leben oder persönliche Freiheit handelt und die Ergreifung auf frischer Tat erfolgt.

(3) Wenn ein Konsul oder eine Amtsperson des Konsulardienstes verhaftet oder zur Untersuchung gezogen werden soll, so ist der Botschaft des Entsendestaates vom Empfangsstaat hiervon vorher Kenntnis zu geben. Wird indessen ein Konsul oder eine Amtsperson des Konsulardienstes auf frischer Tat ergriffen, so hat der Empfangsstaat die Botschaft des Entsendestaates unverzüglich nach der Festnahme hiervon in Kenntnis zu setzen.

Artikel 9

Der Konsul hat das Recht, an den Konsulatsgebäuden Schilder mit dem Staatswappen und der Bezeichnung seines Amtes anzubringen sowie auf den genannten Gebäuden und den Beförderungsmitteln des Konsuls (Kraftfahrzeugen, Motorbooten u. ä.) die Flagge seines Staates zu zeigen.

Artikel 10

(1) Die Angehörigen des Konsulats sind, soweit sie Staatsangehörige des Entsendestaates sind, hinsichtlich der Bezüge, die sie in ihrer Eigenschaft als Angehörige des Konsulats erhalten, im Empfangsstaat von jeder Steuer befreit.

(2) Den Angehörigen des Konsulats, die Staatsangehörige des Entsendestaates sind, werden unter der Bedingung der Gegenseitigkeit außer den Befreiungen nach Absatz 1 im Empfangsstaat die gleichen Steuerbefreiungen gewährt, die den Angehörigen des Konsulats irgendeines dritten Staates zustehen. Dies gilt auch für die mit ihnen zusammenlebenden Ehegatten und minderjährige Kinder, soweit sie Staatsangehörige des Entsendestaates sind.

- a) лица, которые осуществляют в консульстве должностные консульские функции и отвечают по службе консульские или вице-консульские, но являются руководителями консульства, и фамилии которых сообщены в этом качестве принимающему государству. К этим лицам относятся лица, которые направляются в консульство для обучения консульской службе (стажеры);
- b) секретари и референты, упомянутые во осуществлении определенных должностных консульских функций, фамилии которых сообщены в том же качестве государству пребывания консула.

(3) Unter der Bezeichnung „Mitarbeiter des Konsulats“ werden verstanden Büroangehörige, Dolmetscher und Übersetzer, Schreibkräfte, Buchhalter, Hausverwalter, Kraftfahrer und entsprechende Bedienstete.

(4) Unter der Bezeichnung „Angehörige des Konsulats“ werden der Konsul, die Amtspersonen des Konsulardienstes und die Mitarbeiter des Konsulats verstanden.

Artikel 6

Der Konsul und die Amtspersonen des Konsulardienstes dürfen nur Staatsangehörige des Entsendestaates sein.

ZWEITER ABSCHNITT

Rechte und Vorrechte der Angehörigen des Konsulats

Artikel 7

Die Behörden des Konsularbezirks gewährleisten dem Konsul und den Amtspersonen des Konsulardienstes ihren Schutz und gewähren ihnen Unterstützung, damit sie ihre konsularische Tätigkeit aufnehmen und ausüben können.

Artikel 8

(1) Der Konsul und die Amtspersonen des Konsulardienstes unterliegen in Angelegenheiten, die ihre amtliche Tätigkeit betreffen, nicht der Gerichtsbarkeit des Empfangsstaates.

(2) Wegen sonstiger Handlungen dürfen der Konsul und die Amtspersonen des Konsulardienstes im Gebiet des Empfangsstaates nicht in Haft genommen oder sonst in ihrer Freiheit beschränkt werden, es sei denn, daß es sich um die Vollstreckung einer durch ein Gericht rechtskräftig erkannten Strafe oder um Verfolgung wegen einer Straftat gegen Leben oder persönliche Freiheit handelt und die Ergreifung auf frischer Tat erfolgt.

(3) Wenn ein Konsul oder eine Amtsperson des Konsulardienstes verhaftet oder zur Untersuchung gezogen werden soll, so ist der Botschaft des Entsendestaates vom Empfangsstaat hiervon vorher Kenntnis zu geben. Wird indessen ein Konsul oder eine Amtsperson des Konsulardienstes auf frischer Tat ergriffen, so hat der Empfangsstaat die Botschaft des Entsendestaates unverzüglich nach der Festnahme hiervon in Kenntnis zu setzen.

Artikel 9

Der Konsul hat das Recht, an den Konsulatsgebäuden Schilder mit dem Staatswappen und der Bezeichnung seines Amtes anzubringen sowie auf den genannten Gebäuden und den Beförderungsmitteln des Konsuls (Kraftfahrzeugen, Motorbooten u. ä.) die Flagge seines Staates zu zeigen.

Artikel 10

(1) Die Angehörigen des Konsulats sind, soweit sie Staatsangehörige des Entsendestaates sind, hinsichtlich der Bezüge, die sie in ihrer Eigenschaft als Angehörige des Konsulats erhalten, im Empfangsstaat von jeder Steuer befreit.

(2) Den Angehörigen des Konsulats, die Staatsangehörige des Entsendestaates sind, werden unter der Bedingung der Gegenseitigkeit außer den Befreiungen nach Absatz 1 im Empfangsstaat die gleichen Steuerbefreiungen gewährt, die den Angehörigen des Konsulats irgendeines dritten Staates zustehen. Dies gilt auch für die mit ihnen zusammenlebenden Ehegatten und minderjährige Kinder, soweit sie Staatsangehörige des Entsendestaates sind.

3. Под обозначением сотрудники консульства понимаются сотрудники канцелярии, переводчики, машинистки и stenografistki, бухгалтеры, заведующие хозяйством, шоферы и соответствующий обслуживающий персонал.

4. Под обозначением «члены консульства» понимаются консул, должностные лица консульской службы и сотрудники консульства.

Статья 6

Консулом и должностными лицами консульской службы могут быть только граждане государства, назначившего консула.

РАЗДЕЛ II

Права и привилегии членов личного состава консульства

Статья 7

Власти консульского округа обеспечивают консулу и должностным лицам консульской службы свою защиту и оказывают им поддержку для того, чтобы они могли приступить к своей служебной деятельности и осуществлять ее.

Статья 8

1. Консул и должностные лица консульской службы не будут подпадать юрисдикция государства пребывания консула в том, что касается их служебной деятельности.

2. В отношении других действий консула и должностные лица консульской службы не могут быть подвергнуты аресту или иному ограничению свободы на территории государства пребывания консула, за исключением таких случаев, когда речь идет о привлечении наказания в соответствии с вступившим в законную силу приговором суда или о привлечении к уголовному преследованию против жизни или личной свободы, если провинившийся застигнут на месте преступления.

3. Если консул или должностное лицо консульской службы должно быть арестовано или в отношении его должно быть возбуждено следствие, то государство пребывания консула должно заранее поставить об этом в известность Посольство государства, назначившего консула. Однако, в случае задержания консула или должностного лица консульской службы на месте преступления, государство пребывания консула должно немедленно после задержания поставить об этом в известность Посольство государства, назначившего консула.

Статья 9

Консул имеет право укреплять на зданиях консульства штаны с государственным гербом и назначенным учреждением, а также вывешивать на указанных зданиях и средствах передвижения консула (автомобилях, катерах и т. п.) флаг своего государства.

Статья 10

1. Члены личного состава консульства, поскольку они являются гражданами государства, назначившего консула, освобождаются в государстве пребывания консула от всяких налогов и заработной платы, получаемой ими в качестве членов личного состава консульства.

2. Помимо освобождения по пункту первом, члены личного состава консульства, являющиеся гражданами государства, назначившего консула, на условиях взаимности, гарантируются освобождение от налогов в государстве пребывания консула в том же объеме, что и членам личного состава консульства любого-либо третьего государства. Указанное освобождение распространяется на проживающих с членами личного состава консульства супругов и несовершеннолетних детей, поскольку они являются гражданами государства, назначившего консула.

(3) Grundstücke und Gebäude sind von direkten Steuern und Abgaben befreit, soweit sie von den Angehörigen des Konsulats als Dienst- oder Wohnräume benutzt werden.

Artikel 11

(1) Den Angehörigen des Konsulats sowie den mit ihnen zusammenlebenden Ehegatten und minderjährigen Kindern werden, soweit sie Staatsangehörige des Entsendestaates sind, hinsichtlich der Zölle und sonstigen Eingangsabgaben auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die gleichen Vergünstigungen gewährt wie den entsprechenden Angehörigen der Botschaft des Entsendestaates.

(2) Die zum amtlichen Gebrauch des Konsulats bestimmten Gegenstände einschließlich der Kraftfahrzeuge werden von Zöllen und sonstigen Eingangsabgaben ebenso befreit wie die für den amtlichen Gebrauch der Botschaft des Entsendestaates bestimmten Gegenstände.

Artikel 12

(1) Die Angehörigen des Konsulats und ihre mit ihnen zusammenlebenden Ehegatten und minderjährigen Kinder sind, soweit sie Staatsangehörige des Entsendestaates sind, im Empfangsstaat von militärischen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zu persönlichen Dienstleistungen und Sachleistungen befreit.

(2) Die Grundstücke und Gebäude sind von militärischen und anderen öffentlich-rechtlichen Auflagen nur dann befreit, wenn sie von Angehörigen des Konsulats, die Staatsangehörige des Entsendestaates sind, als Dienst- oder Wohnräume benutzt werden.

Artikel 13

(1) Die Angehörigen des Konsulats erscheinen auf Ersuchen der Gerichte oder Staatsanwaltschaften vor den Gerichtsbehörden des Empfangsstaates als Zeugen.

(2) Falls der Konsul wegen dienstlicher Umstände, Krankheit oder aus anderen Gründen nicht vor den Gerichtsbehörden erscheinen kann, hat er ihnen davon Mitteilung zu machen und auf Verlangen der Gerichtsbehörden die Zeugenaussage schriftlich abzugeben.

(3) Die Angehörigen des Konsulats können, soweit sie Staatsangehörige des Entsendestaates sind, als Zeugen die Aussage über Umstände verweigern, die ihre amtliche Tätigkeit betreffen.

Artikel 14

(1) Die Archive und der amtliche Schriftverkehr des Konsulats einschließlich des telegrafischen Verkehrs sind unverletzlich und dürfen nicht eingesehen werden. Die hierunter fallenden amtlichen Schriftstücke sind jedoch getrennt von dem persönlichen Eigentum und dem privaten Schriftverkehr der Angehörigen des Konsulats zu halten.

(2) Der Konsul hat das Recht, im Verkehr mit den Behörden des Entsendestaates die Chiffre und die diplomatische Post zu gebrauchen. Bei Benutzung der üblichen Nachrichtenmittel (Post, Telegraf, Telefon, Funk) gelten für die Konsuln die gleichen Tarife wie für diplomatische Vertreter.

(3) Die Amtsräume des Konsulats sind unverletzlich; in den persönlichen Wohnräumen des Konsuls führen die Behörden des Empfangsstaates keine Zwangsmaßnahmen durch.

Artikel 15

Den Angehörigen des Konsulats, die nicht Staatsangehörige des Empfangsstaates sind, ist es nicht gestattet, im Empfangsstaat eine andere als die Tätigkeit im Konsulat auszuüben.

3. Земельные участки и здания, поскольку они используются членами личного состава консульства под служебные и жилые помещения, освобождаются от прямых налогов и сборов.

Статья 11

1. В отношении таможенных пошлин и других ввозных сборов членам личного состава консульства, а также проживающим совместно с ними супругам и несовершеннолетним детям, поскольку они являются гражданами государства, назначившего консула, предоставляются на основе взаимности те же льготы, что и соответствующим категориям сотрудников Посольства государства, назначившего консула.

2. Предметы, предназначенные для служебного пользования консульства, в том числе автомашины, освобождаются от таможенных пошлин и других ввозных сборов так же, как и предметы, предназначенные для служебного пользования Посольства государства, назначившего консула.

Статья 12

1. Члены личного состава консульства, проживающие с ними совместно супруги и несовершеннолетние дети, поскольку они являются гражданами государства, назначившего консула, освобождаются в государстве пребывания консула от военных и прочих повинностей личного или имущественного характера.

2. Земельные участки и здания освобождаются от военных и иных повинностей только в том случае, если они используются членами личного состава консульства, являющимися гражданами государства, назначившего консула, под служебные или жилые помещения.

Статья 13

1. Члены личного состава консульства являются по приглашению судов или органов прокуратуры в судебные органы государства пребывания консула в качестве свидетелей.

2. В случае, если консул по служебным обстоятельствам, по болезни или по другим причинам не может явиться в судебные органы, то он должен сообщить им об этом и, если этого требуют судебные органы, дать свидетельские показания в письменной форме.

3. Члены личного состава консульства, поскольку они являются гражданами государства, назначившего консула, могут отказаться от дачи свидетельских показаний об обстоятельствах, касающихся их служебной деятельности.

Статья 14

1. Архивы и официальная переписка консульства, включая телеграфные отправления, неприкосновенны и не могут подвергаться просмотру. Однако, служебные документы, на которые распространяется это положение, должны содержаться отдельно от личного имущества и частной переписки личного состава консульства.

2. При сношениях с властями государства, назначившего консула, консул имеет право пользоваться шифром и дипломатической почтой. При пользовании обычными средствами связи (почта, телеграф, телефон, радио) к консулам применяются те же тарифы, что и к дипломатическим представителям.

3. Служебные помещения консульств неприкосновенны; в личных жилых помещениях консула власти государства пребывания консула не будут осуществлять никаких мер принудительного характера.

Статья 15

Членам личного состава консульства, не являющимися гражданами государства пребывания консула, не разрешается заниматься в государстве пребывания никакой иной деятельностью, кроме консульской.

DRITTER ABSCHNITT Aufgaben und Amtsbefugnisse der Konsuln

Artikel 16

(1) Der Konsul schützt in seinem Konsularbezirk die Rechte und Interessen des Entsendestaates, seiner Staatsangehörigen sowie der juristischen Personen, die im Entsendestaat ihren Sitz haben und nach dessen Recht errichtet worden sind.

(2) Der Konsul soll die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen und der Schifffahrt zwischen den Vertragsparteien fördern und zur Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen beitragen.

Artikel 17

(1) Der Konsul kann sich bei der Ausübung seiner Amtspflichten an die zuständigen örtlichen Behörden seines Konsularbezirkes wenden und bei diesen im Falle von Verletzungen der Rechte und Interessen des Entsendestaates, seiner Staatsangehörigen sowie der juristischen Personen, die im Entsendestaat ihren Sitz haben und nach dessen Recht errichtet worden sind, Vorstellungen erheben.

(2) Bleiben diese Vorstellungen des Konsuls unbeachtet oder erweist es sich, daß an der Angelegenheit Behörden beteiligt sind, die sich nicht im Konsularbezirk befinden, so wird die Frage auf diplomatischem Wege entschieden.

Artikel 18

Der Konsul ist befugt, Staatsangehörige des Entsendestaates und juristische Personen, die im Entsendestaat ihren Sitz haben und nach dessen Recht errichtet worden sind, vor Gerichten einschließlich Schiedsgerichten und vor anderen Behörden des Empfangsstaates zu vertreten, wenn diese natürlichen oder juristischen Personen wegen Abwesenheit oder anderer triftiger Gründe nicht in der Lage sind, ihre Rechte und Interessen rechtzeitig wahrzunehmen; diese Vertretung dauert so lange, bis die Vertretenen ihre Bevollmächtigten ernennen oder selbst die Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen übernehmen. Vorschriften des Empfangsstaates über den Anwaltszwang bleiben von den Bestimmungen dieses Artikels unberührt.

Artikel 19

Der Konsul ist befugt, in seinen Amtsräumen, in seinen persönlichen Wohnräumen, in den Wohnungen von Staatsangehörigen des Entsendestaates mit deren Zustimmung und an Bord von Schiffen unter der Flagge des Entsendestaates folgende Handlungen vorzunehmen:

1. von Staatsangehörigen des Entsendestaates Erklärungen entgegenzunehmen und sie zu beurkunden;
2. letztwillige Verfügungen und sonstige einseitige Rechtsgeschäfte und Willenserklärungen von Staatsangehörigen des Entsendestaates zu beurkunden;
3. Rechtsgeschäfte zwischen Staatsangehörigen des Entsendestaates zu beurkunden, soweit sie nicht den Gesetzen des Empfangsstaates widersprechen. Der Konsul kann jedoch keine Rechtsgeschäfte über die Begründung, Übertragung oder Aufhebung dinglicher Rechte an Gebäuden und Grundstücken beurkunden, die im Empfangsstaat belegen sind;
4. Rechtsgeschäfte zwischen Staatsangehörigen des Entsendestaates und anderen Personen zu beurkunden oder die Unterschriften der am Abschluß des Rechtsgeschäftes Beteiligten zu beglaubigen, soweit diese Rechtsgeschäfte sich ausschließlich auf Gegenstände oder Rechte im Gebiet des Entsendestaates beziehen und dort auszuführen sind und nicht gegen die Gesetze des Empfangsstaates verstoßen;

РАЗДЕЛ III

Задачи и функции консулов

Статья 16

1. Консул защищает в своем консульском округе права и интересы своего государства и своих граждан, а также юридических лиц, которые имеют свое местопребывание в государстве, назначившем консула, и образованы в соответствии с его законами.

2. Консул должен способствовать развитию экономических связей и судоходства между Договаривающимися Сторонами и содействовать укреплению дружественных отношений между ними.

Статья 17

1. Консул может при исполнении своих служебных обязанностей обращаться к компетентным местным властям своего консульского округа и делать последним представления по поводу нарушений прав и интересов своего государства и своих граждан, а также юридических лиц, которые имеют свое местопребывание в государстве, назначившем консула, и образованы в соответствии с его законами.

2. Если консульское представление не будет принято во внимание или окажется, что к делу причастны власти, не находящиеся в консульском округе, то вопрос будет решаться в дипломатическом порядке.

Статья 18

Консул имеет право представлять перед судами, включая третейские суды, и перед другими властями государства пребывания консула граждан государства, назначившего консула, и юридических лиц, которые имеют свое местопребывание в государстве, назначившем консула, и образованы в соответствии с его законами, если эти физические или юридические лица вследствие отсутствия или по другим уважительным причинам не в состоянии своевременно защитить свои права и интересы; это представительство продолжается до тех пор, пока представляемые не назначат своих уполномоченных или не возьмут на себя защиту своих прав и интересов. Положения законодательства государства пребывания консула об обязательном участии адвоката настоящей статьей не затрагиваются.

Статья 19

Консул имеет право производить в своих служебных и личных жилых помещениях, а также в квартирах граждан своего государства, с их согласия, и на борту судов, плавающих под флагом государства, назначившего консула, следующие действия:

1. принимать от граждан государства, назначившего консула, заявления, составлять и свидетельствовать их;
2. составлять и свидетельствовать завешания и другие односторонние акты и заявления граждан государства, назначившего консула;
3. составлять и свидетельствовать сделки, заключаемые между гражданами назначившего консула государства, поскольку такие сделки не противоречат законам государства пребывания консула. Однако консул не может составлять и свидетельствовать сделки об установлении, отчуждении или прекращении вещных прав на строения и земельные участки, находящиеся в государстве пребывания консула;
4. составлять и свидетельствовать сделки между гражданами государства, назначившего консула, и другими лицами или удостоверить подписи лиц, участвующих в совершении сделки, поскольку эти сделки касаются исключительно предметов или прав, находящихся на территории представляемого консулом государства, и подлежат исполнению на территории этого государства, при условии, что эти сделки не противоречат законам государства пребывания консула;

5. Unterschriften von Staatsangehörigen des Entsendestaates auf Urkunden jeder Art zu beglaubigen;
6. Urkunden jeder Art, die von Behörden oder Amtspersonen des Entsendestaates oder des Empfangsstaates ausgestellt sind, zu legalisieren, sowie Vervielfältigungen dieser Schriftstücke zu beglaubigen;
7. Schriftstücke jeder Art zu übersetzen und diese Übersetzungen zu beglaubigen;
8. Urkunden, Geld, Wertgegenstände und sonstige Vermögensgegenstände von Staatsangehörigen des Entsendestaates und von juristischen Personen, die im Entsendestaat ihren Sitz haben und nach dessen Recht errichtet worden sind, zu verwahren oder für diese in Verwahrung zu nehmen;
9. andere konsularische Amtshandlungen vorzunehmen, mit deren Vornahme sie beauftragt werden, sofern diese nicht den Gesetzen des Empfangsstaates widersprechen.

Artikel 20

(1) Die in Artikel 19 genannten Urkunden werden, wenn sie von einem Konsul aufgenommen oder unter Beifügung seines Amtssiegels beglaubigt sind, ebenso wie die von ihm unter Beifügung seines Amtssiegels beglaubigten Vervielfältigungen, Übersetzungen und Auszüge solcher Urkunden, im Empfangsstaat als öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden, Vervielfältigungen, Übersetzungen und Auszüge angesehen und haben dieselbe rechtliche Wirkung und Beweiskraft, als wenn sie von zuständigen Behörden oder Amtspersonen des Empfangsstaates aufgenommen oder beglaubigt wären.

(2) Sämtliche in Absatz 1 dieses Artikels erwähnten Urkunden, sowie deren Vervielfältigungen, Übersetzungen und Auszüge müssen jedoch, wenn sie sich auf Angelegenheiten beziehen, die im Empfangsstaat auszuführen sind, legalisiert werden, falls dies nach den Gesetzen des Empfangsstaates erforderlich ist.

Artikel 21

Der Konsul ist befugt, die Staatsangehörigen des Entsendestaates zu registrieren, die sich ständig oder vorübergehend in seinem Konsularbezirk aufhalten.

Artikel 22

- (1) Der Konsul ist befugt, den Staatsangehörigen des Entsendestaates Pässe und andere Ausweise auszustellen, sie zu verlängern und auszuhändigen.
- (2) Der Konsul ist befugt, Sichtvermerke des Entsendestaates zur Ein-, Durch- und Ausreise zu erteilen.

Artikel 23

- (1) Der Konsul ist befugt, nach den Vorschriften des Entsendestaates Eheschließungen vorzunehmen, wenn beide Eheschließenden Staatsangehörige des Entsendestaates sind.
- (2) Von den vorgenommenen Eheschließungen hat der Konsul den Behörden des Empfangsstaates innerhalb von drei Monaten Anzeige zu erstatten.
- (3) Der Konsul ist befugt, von den Gerichten erkannte Ehescheidungen, die einen Staatsangehörigen des Entsendestaates betreffen, nach den Vorschriften des Entsendestaates zu registrieren.

Artikel 24

(1) Der Konsul ist befugt, nach den Vorschriften des Entsendestaates Geburten und Todesfälle der Staatsangehörigen des Entsendestaates zu beurkunden.

5. удостоверить подлинность граждан государства, назначившего консула, на всякого рода документах;
6. легализовать акты и документы, исходящие от властей или должностных лиц государства, назначившего консула, или государства его пребывания, а также удостоверить копии этих актов и документов;
7. переводить всякого рода акты и документы и удостоверить эти переводы;
8. принимать на хранение документы, деньги, ценности и другие имущество от граждан государства, назначившего консула, и от юридических лиц, которые имеют свое местопребывание в государстве, назначившего консула, и обращены в соответствии с его законами, или предназначены для этих граждан и юридических лиц;
9. совершать другие консульские действия, которые на них могут быть возложены, если они не противоречат законам государства пребывания консула.

Статья 20

1. Указанные в статье 19 акты и документы, составленные или удостоверенные консулом с приложением его официальной печати, а также удостоверенные им в приложении его официальной печати копии, выписки и переводы подобных актов и документов будут рассматриваться в государстве пребывания консула официальными или официально засвидетельствованными актами, документами, копиями, переводами и выписками и будут иметь такое же юридическое действие и доказательную силу, как если бы они были составлены или удостоверены компетентными властями и официальными должностными лицами государства пребывания консула.

2. Перечисленные в пункте 1 настоящей статьи акты, документы, копии, переводы или выписки на них, когда они будут относиться к делам, подлежащим исполнению в государстве пребывания консула, должны быть легализованы, если это требуется по законам государства пребывания консула.

Статья 21

Консул имеет право вести учет граждан государства, назначившего консула, пребывающих постоянно или временно в его консульском округе.

Статья 22

1. Консул имеет право выписывать гражданам государства, назначившего консула, паспорта и иные удостоверения личности, а также пролонгировать и кружить их.
2. Консул имеет право выдавать визы на проезд в свою страну, выезд из нее в транзит через свою страну.

Статья 23

1. Консул имеет право в соответствии с законодательством государства, назначившего консула, регистрировать браки, если оба лица, вступающие в брак, являются гражданами государства, назначившего консула.
2. Консул обязан в течение трех месяцев уведомить власти государства своего пребывания о факте произведенной регистрации брака.
3. Консул имеет право в соответствии с законодательством государства, назначившего консула, регистрировать расторжение брака, произведенное судом и касающееся гражданских государств, назначившего консула.

Статья 24

1. Консул имеет право в соответствии с законодательством государства, назначившего консула, составлять акты рождения и смерти своих граждан.

(2) Eine nach den Gesetzen des Empfangsstaates bestehende Verpflichtung der beteiligten Personen, von Geburten und Todesfällen den Behörden des Empfangsstaates Anzeige zu erstatten, wird von den Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 25

(1) Stirbt ein Staatsangehöriger des Entsendestaates im Konsularbezirk, so wacht der Konsul darüber, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, die zum Schutze der berechtigten Interessen der Erben erforderlich sind.

(2) Die Behörden im Konsularbezirk setzen den Konsul von Todesfällen von Staatsangehörigen des Entsendestaates sowie von den ergriffenen oder zu ergreifenden Maßnahmen zur Regelung der Nachlassangelegenheiten in Kenntnis.

Artikel 26

Die Feststellung, Verwahrung und Siegelung des Nachlasses gehört zur Zuständigkeit der örtlichen Behörden. Auf Antrag des Konsuls ergreifen sie die zum Schutz des Nachlasses notwendigen Maßnahmen.

Artikel 27

Der Konsul hat hinsichtlich des Nachlasses von Staatsangehörigen des Entsendestaates, die sich im Konsularbezirk aufhalten haben, folgende Rechte, die er selbst oder durch seine Bevollmächtigten wahrnehmen kann:

1. an der Aufnahme eines Nachlassverzeichnisses und der Unterzeichnung des entsprechenden Protokolls teilzunehmen,
2. sich mit den zuständigen Behörden des Empfangsstaates ins Benehmen zu setzen, um Beschädigung oder Verfall der Nachlassgegenstände zu verhindern und im Bedarfsfalle ihre Veräußerung sicherzustellen.

Artikel 28

(1) Der Konsul ist befugt, von den örtlichen Behörden die Übergabe der Nachlassgegenstände einschließlich der Schriftstücke des Vererbenden zu verlangen, wenn die Erben Staatsangehörige des Entsendestaates sind und sich nicht im Gebiet des Empfangsstaates befinden.

(2) Bevor der Konsul die Nachlassgegenstände an die Erben übergibt oder in das Ausland verbringt, müssen in den Grenzen des Nachlasswertes die festgesetzten Abgaben bezahlt und die sonstigen von anderen im Empfangsstaat wohnhaften Personen erhobenen und nachgewiesenen Ansprüche befriedigt sein. Diese Verpflichtungen des Konsuls erlöschen, wenn ihm nicht innerhalb von sechs Monaten nach dem Tode des Erblassers nachgewiesen wird, daß die Ansprüche dieser Personen als berechtigt anerkannt sind oder derzeit von den zuständigen Behörden geprüft werden.

(3) Hinsichtlich der unbeweglichen Nachlassgegenstände finden die Rechtsvorschriften des Staates Anwendung, in dessen Gebiet diese Gegenstände belegen sind.

Artikel 29

(1) Der Konsul kann den zuständigen Behörden des Empfangsstaates geeignete Personen zur Bestellung als Vormünder oder Pfleger für Staatsangehörige des Entsendestaates vorschlagen. Diese Behörden sollen dem Vorschlag des Konsuls entsprechen, wenn nicht besonders wichtige Gründe entgegenstehen. Diese Gründe sollen dem Konsul mitgeteilt werden.

2. Существовавшая по законам государства пребывания консула обязанность заинтересованных лиц уведомлять органы власти государства пребывания консула о фактах рождения и смерти вышеназванных статей не затрагивается.

Статья 25

1. Если гражданин государства, назначившего консула, умрет в округе консула, то консул следит за тем, чтобы были приняты все меры, необходимые для защиты законных интересов наследников.

2. Власти, находящиеся в округе консула, будут ставить консула в известность о случаях смерти граждан государства, назначившего консула, а также о принятых и предпринятых мерах по урегулированию наследственных дел.

Статья 26

Выявление, сохранение и опечатывание наследства входит в компетенцию местных властей. По ходатайству консула, они принимают необходимые меры по охране наследственного имущества.

Статья 27

Консул обладает следующими правами в отношении наследства граждан своего государства, проживающих на территории консульского округа, и может осуществлять эти права сам или через своих уполномоченных:

1. участвовать в составлении описи наследства и в подписании соответствующего протокола;
2. входить в компетентные власти государства пребывания консула, чтобы не допустить повреждения или порчи наследственного имущества и обеспечить в случае необходимости его продажу.

Статья 28

1. Консул имеет право потребовать от местных властей передачи ему наследственного имущества, включая документы умершего, если наследники являются гражданами государства, назначившего консула, и не находятся на территории государства пребывания консула.

2. До передачи консулом наследственного имущества наследникам или до отправки этого имущества за границу должны быть уплачены в пределах стоимости наследства установленные сборы и удовлетворены другие предъявленные и доказанные претензии со стороны других лиц, проживающих в государстве пребывания консула. Эти обязанности консула прекращаются, если консулу в течение 6 месяцев со дня смерти наследодателя не будет доказано, что претензии указанных лиц признаны законными или находятся на рассмотрении соответствующих органов.

3. В отношении недвижимого наследственного имущества применяется законодательство государства местонахождения имущества.

Статья 29

1. Консул может предложить компетентным органам государства пребывания консула подходящие кандидатуры для назначения опекунами или попечителями для граждан государства, назначившего консула. Эти органы должны выполнять предложения консула, если этому не препятствует особо важные причины. Также причины следует сообщать консулу.

(2) Erfährt der Konsul, daß das Vermögen eines Staatsangehörigen des Entsendestaates unbeaufsichtigt ist, so kann er den zuständigen Behörden des Empfangsstaates eine geeignete Person zur Bestellung als Vermögensverwalter vorschlagen. Diese Behörden sollen dem Vorschlag des Konsuls entsprechen, wenn nicht besonders wichtige Gründe entgegenstehen. Diese Gründe sollen dem Konsul mitgeteilt werden.

Artikel 30

(1) Der Konsul kann persönlich oder durch seine Bevollmächtigten ohne Behinderung seitens der Behörden des Empfangsstaates Schiffe unter der Flagge des Entsendestaates, die in einen Hafen seines Konsularbezirkes eingelaufen sind, besuchen und jede den Gesetzen entsprechende Hilfe und Unterstützung gewähren.

(2) Soll in einem Hafen des Empfangsstaates auf einem Schiff unter der Flagge des Entsendestaates eine Durchsuchung, eine Besichtigung, eine Festnahme, eine Vernehmung oder ein sonstiger mit Zwang verbundener Gerichts- oder Verwaltungsakt vorgenommen werden, so soll vor einer solchen Maßnahme der zuständige Konsul hiervon benachrichtigt werden, damit er zugegen sein kann. Diese Bestimmung findet auch Anwendung, wenn Mitglieder der Schiffbesatzung an Land von den Behörden des Hafenortes vernommen werden sollen.

(3) Die Bestimmungen von Absatz 2 dieses Artikels erstrecken sich nicht auf die gewöhnliche Zollrevision, auf die gesundheitspolizeiliche Untersuchung und die Paßkontrolle, die auf Grund der im Empfangsstaat geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften durchgeführt werden.

Artikel 31

(1) Erleidet ein Schiff unter der Flagge des Entsendestaates Schiffbruch, gerät es auf Grund, strandet es an der Küste des Empfangsstaates oder erleidet es im Hoheitsgebiet des Empfangsstaates eine andere Unvarie, so benachrichtigen die zuständigen Behörden unverzüglich den Konsul des Flaggenstaates hiervon und teilen ihm die von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Rettung von Menschen, Schiff und Ladung mit. Die zuständigen Behörden gewähren dem Konsul die erforderliche Unterstützung bei Maßnahmen, die er im Zusammenhang mit der Havarie des Schiffes ergreift.

(2) Soweit nicht Verabredungen zwischen den Reedern, Befrachtern und Versicherern entgegenstehen, wird die während der Fahrt von dem Schiff unter der Flagge des Entsendestaates erlittene Havarie von dem Konsul geregelt, wenn das Schiff einen Hafen des Empfangsstaates anläuft. Diese Regelung erfolgt jedoch durch die Behörden des Empfangsstaates, wenn eine Person beteiligt ist, die nicht Staatsangehörige des Entsendestaates ist, und eine endgültige Einigung nicht zustande kommt.

Artikel 32

Der Konsul ist hinsichtlich der Besatzung von Schiffen unter der Flagge des Entsendestaates zur An- und Abmusterung von Seeleuten befugt, jedoch dürfen dabei die Gesetze des Empfangsstaates nicht verletzt werden.

Artikel 33

Unter „Schiffe“ im Sinne dieses Vertrages fallen nicht Kriegsschiffe.

Artikel 34

Die Bestimmungen der Artikel 30, 31 und 33 dieses Vertrages finden auf Luftfahrzeuge entsprechende Anwendung.

2. В случае, если консул узнает, что имущество гражданина государства, названного консулом, остается без надзора, то он может предложить компетентным органам государства пребывания консула подходящую квалификацию для управления имуществом. Эти органы должны рассмотреть предложение консула, если этому не препятствуют особо важные причины. Такие причины следует сообщить консулу.

Статья 30

1. Консул может лично или через своих уполномоченных беспрепятственно со стороны властей государства пребывания консула оказывать медицинскую помощь и оказывать судам, плавающим под флагом государства, названного консулом, и являющимся в порт его консульского округа, а также посещать эти суда.

2. Если в порту государства пребывания консула на каком-либо судне, плавающем под флагом государства, названного консулом, должны состоять обыск, досмотр, арест, допрос или какое-либо иное принудительное судебное или административное действие, то об этом должны быть поставлены в известность соответствующий консул до начала таких действий, с тем чтобы он мог присутствовать при таких действиях. Это постановление находит применение и в том случае, если члены экипажа судна должны депортироваться на берег властями принимающего порта.

3. Постановление пункта 2 настоящей статьи не распространяется на обычный таможенный досмотр, санитарный осмотр и контроль паспортов, проводимый на основании законов и административных распоряжений, действующих в государстве пребывания консула.

Статья 31

1. Если судно, плавающее под флагом государства, названного консулом, потерпит кораблекрушение, идет на мель или будет выброшено на берег государства пребывания консула или с ним произойдет другая авария на территории последнего, то компетентные власти принимающего государства флага судна и сообщат ему о принятых или мерах по спасению людей, судна и грузов. Компетентные власти окажут консулу необходимое содействие в мероприятиях, проводимых им в связи с аварией судна.

2. Поскольку между судовладельцами, фрахтователями и страховщиками нет иной договоренности, авария, которую потерпело судно, плавающее под флагом государства, названного консулом, регулируется консулом, если судно заходит в порт государства пребывания консула. Это постановление, однако, применяется властями государства пребывания консула, если речь идет об участии лица, не являющегося гражданином государства, названного консулом, и если окончательная договоренность не достигнута.

Статья 32

Консул имеет право насаждать и увольнять членов экипажа судов, плавающих под флагом государства, названного консулом, однако при этом не должны нарушаться законы государства пребывания консула.

Статья 33

В понятие „суда“ в смысле настоящего Договора не входят военные суда.

Статья 34

В воздушным судам будут применяться соответственно положения, содержащиеся в статьях 30, 31 и 33 настоящего Договора.

VIERTER ABSCHNITT
Schlußbestimmungen

Artikel 35

Die Bestimmungen dieses Vertrages über konsularische Rechte und Pflichten finden auf die Angehörigen der Botschaften der beiden Vertragsparteien Anwendung, soweit diese im Empfangsstaate konsularische Amtsbefugnisse ausüben. Die Ausübung konsularischer Amtsbefugnisse durch diese Personen läßt die diplomatischen Privilegien und Immunitäten unberührt, die sie als Angehörige der Botschaft genießen.

Artikel 36

Fragen, die sich etwa zwischen den Vertragsparteien bei der Auslegung und Anwendung dieses Vertrages ergeben, werden auf diplomatischem Wege geregelt.

Artikel 37

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung; er tritt am dreißigsten Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Moskau stattfinden soll, in Kraft.

(2) Der Vertrag wird auf die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Wird er nicht mindestens sechs Monate vor Ablauf dieser Frist von einer Vertragspartei gekündigt, so bleibt er weiter in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage an, an dem er von einer Vertragspartei gekündigt wird.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsparteien diesen Vertrag unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN ZU BONN am 25. April 1959 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für den Präsidenten
der Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet
von Brentano
Lahr

Für das Präsidium
des Obersten Sowjets der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken
gezeichnet:
A. Mikoja
W. Semjonow

РАЗДЕЛ IV
Заключительные постановления

Статья 35

Постановления настоящего Договора относительно прав и обязанностей консулов будут применяться к сотрудникам Посольств обеих Договаривающихся Сторон, поскольку эти сотрудники выполняют в государстве своего пребывания консульские функции. Исполнение указанными лицами консульских функций не затрагивает дипломатических привилегий и иммунитетов, которыми они пользуются как сотрудники Посольств.

Статья 36

Вопросы, которые могут возникнуть между Договаривающимися Сторонами при толковании и применении настоящего Договора, будут разрешаться дипломатическим путем.

Статья 37

1. Настоящий Договор подлежит ратификации и вступает в силу на тридцатый день после обмена ратификационными грамотами, который состоится в Москве.

2. Договор заключается сроком на 5 лет. В случае, если Договор не будет расторгнут одной из Договаривающихся Сторон по крайней мере за шесть месяцев до истечения этого срока, то он будет оставаться в силе вплоть до истечения одного года с того дня, когда он будет расторгнут одной Договаривающейся Стороной.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО Уполномоченные обеих Договаривающихся Сторон подписали настоящий Договор и скрепили своими печатями.

СОВЕРШЕНО в Бонне 25. апреля 1959 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

По уполномочию Президента
Федеративной Республики
Германия
подпись:
фон Brentano
Lahr

По уполномочию Президиума
Верховного Совета
Союза Советских
Социалистических Республик
подпись:
А. Микола
В. Семёнов

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Zuckerabkommens
(Inkrafttreten für Peru).**

Vom 28. Februar 1959.

Das am 1. Oktober 1953 in London zur Unterzeichnung aufgelegte Internationale Zuckerabkommen (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 577) ist in der Fassung des Protokolls vom 1. Dezember 1956 zur Änderung des am 1. Oktober 1953 in London zur Unterzeichnung aufgelegten Internationalen Zuckerabkommens (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 172) gemäß seinem Artikel 41 Abs. 3 für

Peru am 4. November 1958
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. Januar 1959 (Bundesgesetzbl. II S. 120).

Bonn, den 28. Februar 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Dittmann

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 15 der Internationalen Arbeitsorganisation
über das Mindestalter für die Zulassung von Jugendlichen
zur Beschäftigung als Kohlenzieher (Trimmer) oder Heizer.**

Vom 12. Februar 1959.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 11. November 1921 angenommene Übereinkommen Nr. 15 über das Mindestalter für die Zulassung von Jugendlichen zur Beschäftigung als Kohlenzieher (Trimmer) oder Heizer (Reichsgesetzbl. 1929 II S. 383) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 3 für

Marokko am 14. März 1958
in Kraft getreten.

Anläßlich des Beitritts von Ghana zur Internationalen Arbeitsorganisation hat die Regierung von

Ghana am 20. Mai 1957 erklärt, daß sie die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen Nr. 15, das vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland im Namen der Goldküste angenommen worden war, als für sich verbindlich anerkennt. Infolgedessen bleibt dieses Übereinkommen für Ghana mit Wirkung vom 20. Mai 1957 an weiterhin in Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Juli 1957 (Bundesgesetzblatt II S. 1230).

Bonn, den 12. Februar 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knappstein

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
In Vertretung
Dr. Claussen

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 17 der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Entschädigung bei Betriebsunfällen.**

Vom 12. Februar 1959.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 10. Juni 1925 angenommene Übereinkommen Nr. 17 über die Entschädigung bei Betriebsunfällen (Bundesgesetzblatt 1955 II S. 93) findet nach einer Erklärung der Regierung des Königreichs der Niederlande für das Gebiet

der Niederländischen Antillen
mit Wirkung vom 5. August 1957 an
und für
Surinam mit Wirkung vom 15. April 1958 an
Anwendung.

Anläßlich des Beitritts von Malaya zur Internationalen Arbeitsorganisation hat die Regierung von Malaya am 11. November 1957 erklärt, daß sie die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen Nr. 17, das vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland im Namen der Föderation von Malaya angenommen worden war, als für sich verbindlich anerkennt. Infolgedessen bleibt dieses Übereinkommen für Malaya mit Wirkung vom 11. November 1957 an weiterhin in Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. November 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 2327).

Bonn, den 12. Februar 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knappstein

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
In Vertretung
Dr. Claussen

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 22 der Internationalen Arbeitsorganisation
über den Heuervertrag der Schiffsleute.**

Vom 12. Februar 1959.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 24. Juni 1926 angenommene Übereinkommen Nr. 22 über den Heuervertrag der Schiffsleute (Reichsgesetzbl. 1930 II S. 987) ist nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für

Marokko am 14. März 1958
in Kraft getreten.

Nach einer Erklärung der Regierung des Königreichs der Niederlande findet das Übereinkommen für das Gebiet

der Niederländischen Antillen
mit Wirkung vom 5. August 1957 an
Anwendung.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. März 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 256).

Bonn, den 12. Februar 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knappstein

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
In Vertretung
Dr. Claussen

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 27 der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken.**

Vom 12. Februar 1959.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 21. Juni 1929 angenommene Übereinkommen Nr. 27 über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken (Reichsgesetzbl. 1933 II S. 940) ist nach seinem Artikel 3 Abs. 3 für

Marokko am 20. September 1957
in Kraft getreten.

Die Regierung der Niederlande hat eine Erklärung abgegeben, daß das Übereinkommen auch auf Surinam seit dem 5. August 1957 Anwendung findet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. März 1957 (Bundesgesetzblatt II S. 211).

Bonn, den 12. Februar 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
in Vertretung
Knappstein

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
in Vertretung
Dr. Claussen

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 100 der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte
für gleichwertige Arbeit.**

Vom 16. Februar 1959.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 29. Juni 1951 angenommene Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 23) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 3 in Kraft getreten für

Ecuador am 11. März 1958
Brasilien am 25. April 1958
Rumänien am 28. Mai 1958
Albanien am 3. Juni 1958

die Vereinigte Arabische Republik, Region Syrien am 7. Juni 1958
die Tschechoslowakei am 30. Oktober 1958
und wird in Kraft treten für
Island am 17. Februar 1959
Haiti am 4. März 1959
China am 1. Mai 1959
Panama am 3. Juni 1959
Indonesien am 11. August 1959.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 1232).

Bonn, den 16. Februar 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
in Vertretung
Knappstein

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
in Vertretung
Dr. Claussen

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — Verlag: Bundesanzeiger-Verlags-GmbH, Bonn/Köln. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Das Bundesgesetzblatt erscheint in zwei getrennten Teilen, Teil I und Teil II.
Laufender Bezug nur durch die Post. — Bezugspreis: vierteljährlich für Teil I und Teil II je DM 5,— zuzüglich Zustellgebühr.
Einzeltitel je angelegene 24 Seiten DM 0,40 gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postcheckkonto „Bundesgesetzblatt“
Kto-Nr. 159 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorbestellung.
Preis dieser Ausgabe DM 0,40 zuzüglich Versandkosten DM 0,15.

Teil II

1959

Ausgegeben zu Bonn am 3. April 1959

Nr. 12

| Tag | Inhalt | Seite |
|-----------|--|-------|
| 25. 3. 59 | Gesetz zu den zwei Abkommen vom 8. April 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien über gewisse Auswirkungen des zweiten Weltkrieges und über die Wiederherstellung gewerblicher Schutzrechte | 245 |
| 25. 3. 59 | Gesetz zu den drei Abkommen vom 3. April 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über deutsche Vermögenswerte in Portugal, auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes und über die Liquidation des früheren deutsch-portugiesischen Verrechnungsverkehrs | 264 |

**Gesetz zu den zwei Abkommen vom 8. April 1958
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien
über gewisse Auswirkungen des zweiten Weltkrieges
und über die Wiederherstellung gewerblicher Schutzrechte.**

Vom 25. März 1959.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

wird zugestimmt. Die Abkommen, das Zusatzprotokoll und die Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 1

Den in Madrid am 8. April 1958 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien, nämlich

1. Abkommen über gewisse Auswirkungen des zweiten Weltkrieges nebst Zusatzprotokoll und Briefwechseln,
2. Abkommen über die Wiederherstellung gewerblicher Schutzrechte,

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Abkommen gemäß ihren Artikeln 11 und 27 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 25. März 1959.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

Der Bundesminister der Finanzen
Eitel

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard